

## Ein Bürgermeister zahlt Lehrgeld

Das ist eine Ohrfeige für den Bezirksbürgermeister: Ein Lieblingsprojekt des umtriebigen Kommunalpolitikers, Arztes und Ukraine-Helfers Wjahat Waraich (SPD) fällt in seinem eigenen Bezirksrat durch. Das Gremium stellt sich gegen einen Gesundheitskiosk im Stadtbezirk, der einen niederschweligen Zugang zu medizinischer Versorgung für ärmere oder benachteiligte Menschen darstellen würde. Was ist da schiefgelaufen?

Im Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide stellt Rot-Grün mit elf von 21 Stimmen lediglich eine hauchdünne Mehrheit. Doch je ein Mitglied der beiden Fraktionen und die Linken-Vertreterin fehlten in der Sitzung. Und die beiden FDP-Vertreter stimmen zur Überraschung des Bürgermeisters gegen sein Herzensanliegen. **Seite 2.**

Wjahat Waraich ist erst seit wenigen Monaten Bezirksbürgermeister – und in dieser Abstimmung kassierte er Lehrgeld. Ein erfahrener Kommunalpolitiker hätte wohl vor der Abstimmung erkannt, dass angesichts der fehlenden rot-grünen Ratsmitglieder sein Lieblingsprojekt gefährdet ist – und hätte den Antrag kurzfristig noch einmal „zur Beratung“ zurückgezogen, um ihn dann in der nächsten Sitzung einzubringen. Waraich dagegen entschied sich dafür, auf die FDP zu hoffen. Doch deren Zustimmung war keinesfalls sicher – schließlich sind die Argumente der Kiosk-Gegner durchaus bedenkenswert.

In diesem Moment obsiegte der Idealist Waraich, der fest an die Überzeugungskraft seines Lieblingsprojekts glaubte, über den politischen Taktierer Waraich – und er verlor schließlich die Abstimmung.

Waraich will nun „seinen“ Gesundheitskiosk mithilfe bundespolitischer Prominenz und der Stadtspitze am Bezirksrat vorbei durchsetzen. Das ist ehrgeizig. Und es wird zeigen, wie es um seine politische Durchsetzungsfähigkeit in der Stadt steht.



Engagiert: Wjahat Waraich (Mitte) geht sein Amt als Bezirksbürgermeister mit großen Idealismus an. Bei der Abstimmung um den Gesundheitskiosk hat er sich aber verkalkuliert. FOTO: KATRIN KUTTER

# Waraich scheitert mit medizinischem Modellprojekt

Es wird erst einmal keinen Gesundheitskiosk in Vahrenheide oder im Sahlkamp geben: Das Vorhaben fällt im Bezirksrat durch

Von Rieke Duhm

**Vahrenheide.** Antrag abgelehnt, entschied der Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide in seiner vergangenen Sitzung mit Gleichstand. Damit wird es erst einmal keinen Gesundheitskiosk in Vahrenheide oder im Sahlkamp geben. Für Bezirksbürgermeister Wjahat Waraich (SPD), der im Hauptberuf Arzt ist, ist das Projekt trotzdem noch nicht vom Tisch.

Der Gesundheitskiosk ist ein Modellprojekt der Bundesregierung. Im September wurde es das erste Mal durch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) im Bundestag vorgestellt. Ziel ist es, ein niedrighschwelliges Medizinangebot zu schaffen. Der Gesundheitskiosk richtet sich besonders an Menschen, die einen erschwerten Zugang zum Gesundheitssystem haben – zum Beispiel wegen einer fehlenden Mitgliedschaft in einer Krankenkasse oder wegen einer Sprachbarriere. Auch Ernährungsberatung oder die Beratung von pflegenden Angehörigen sollte zum Angebot der Kioske gehören. Finanziert werden sollen die Einrichtungen zu 80 Prozent von den gesetzlichen und privaten Krankenkassen, 20 Prozent entfallen auf die Kommunen.

### Pilotprojekt ist Waraichs Thema

„Die Stadtteile Sahlkamp und Vahrenheide sind ideal geeignete Standorte für einen Gesundheitskiosk. Ein Pilotprojekt über zwei, drei Jahre mit einem Gesundheitskiosk in einem der beiden Stadtteile würde uns wichtige Erkenntnisse bringen, ob diese durch die Bevölkerung angenommen werden und

wie effektiv sie helfen, die Gesundheit der Menschen in ärmeren Stadtteilen zu verbessern“, sagt der Bezirksbürgermeister. Schon im Wahlkampf vor einem Jahr waren Gesundheitskioske sein zentrales Thema. Waraich, der neben seinem Ehrenamt weiterhin als Arzt tätig ist, kann sich auch vorstellen, den Kiosk selbst zu unterstützen.



Die Stadtteile Sahlkamp und Vahrenheide sind ideal geeignete Standorte für einen Gesundheitskiosk.

Wjahat Waraich,  
Bezirksbürgermeister  
in Bothfeld-Vahrenheide

Beantragt werden die Kioske durch die Kommunen. Den Antrag auf eine Bewerbung um einen solchen Gesundheitskiosk hat die SPD-Fraktion in den Bezirksrat eingebracht. Doch statt der erwarteten Zustimmung wird debattiert. Zunächst beginnt die AfD-Fraktion mit einer langen Lesung eines Artikels aus dem „Ärzteblatt“ – so lang, dass es einer kurzen Erinnerung an die Redezeit durch den Bezirksbürgermeister bedurfte. Auch die Fraktion der CDU argumentierte gegen das Projekt. Es werde Fachpersonal für

die neuen Standorte benötigt, während in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bereits massiv Personal fehle. Außerdem fürchtet die Fraktion eine Schwächung der lokalen Arztpraxen, wo doch gerade diese unterstützt werden sollten. Adrian Grandt (CDU) betonte als Leiter einer Pflegeeinrichtung den vorherrschenden Personalmangel. Außerdem fände er den Begriff „Kiosk“ vollkommen irreführend.

### Ungesicherte Finanzierung

Wolfgang Butz (FDP) sagte, er habe sich von den Argumenten der CDU-Fraktion umstimmen lassen. Eigentlich habe die FDP-Fraktion für den „durchaus sympathischen Antrag“ stimmen wollen. Allerdings sei auch die Finanzierung problematisch, da nur die Projektfinanzierung und nicht der dauerhafte Betrieb gewährleistet sei. Bei der Stadt Hannover sei nicht auf Unterstützung zu hoffen – die Kommune sei zu hoch verschuldet.

Die Fraktionen der SPD und der Grünen hielten dagegen. Das Projekt Gesundheitskiosk sei eine Entlastung der Arztpraxen. Denn die Bereiche, die den Gesundheitskiosk betreffen, müssten bisher von kleinen Praxen abgedeckt werden. „Ich weiß sehr genau, mit welchen banalen Anliegen viel zu oft die Notaufnahmen aufgesucht werden oder Praxen durch reine Beratungen überlastet werden, sodass die wirklich Kranken oftmals warten müssen. Genau hier setzen Gesundheitskioske an“, so Waraich.

### Bürgermeister ist verblüfft

Daher zeigte sich der Bezirksbürgermeister „sehr verblüfft zu sehen,

dass nach den teils skurrilen und befremdlichen Äußerungen der AfD dieser Antrag doch noch durch gemeinsame Stimmen der CDU, FDP und AfD nicht angenommen wurde“. Waraich betonte, dass er außerdem fest damit gerechnet habe, dass die FDP-Fraktion auch zustimmen werde. Zusammen mit dem Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Bothfeld, Florian Spiegelhauer, erklärte er: „Das ablehnende Verhalten der örtlichen FDP, die auf Bundesebene an der Regierung beteiligt ist und Gesundheitskioske im Koalitionsvertrag vereinbart hat, ist aus Sicht der SPD nicht nachzuvollziehen.“

Doch auch ohne die FDP-Fraktion hätte eigentlich eine Mehrheit im Rat bestanden. Bei der Sitzung waren aber drei der 21 Mitglieder des Bezirksrats nicht anwesend: eines der SPD, eines der Grünen sowie der Vertreter der Fraktion Die Linke. Somit kam Rot-Grün auf neun Stimmen – und CDU, FDP und die AfD stellten auch neun Stimmen dagegen. Da der Antrag keine Mehrheit bekam, ist er abgelehnt.

Für Bezirksbürgermeister Waraich ist das letzte Wort trotzdem noch nicht gesprochen. Die beiden Ortsvereine der SPD seien im Kontakt mit Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne), Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) und dem örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten Adis Ahmetovic, um den Gesundheitskiosk in Vahrenheide oder im Sahlkamp doch noch zu ermöglichen. Denn weil die Gesundheitskioske durch die Kommunen beantragt werden, könne der Antrag auch über die Stadt Hannover erfolgen.